



Vorschlag für eine gemeinsame RGRE-EGÖD-Erklärung zur Entwicklung des sozialen Dialogs in den Kommunalverwaltungen
(Angenommen auf der Plenarsitzung des Ausschusses für den sektoralen sozialen Dialog in den Kommunalverwaltungen am 29. November 2006)

Einleitung

Die Kommunalverwaltungen sind in Europa ein wichtiger Arbeitgeber und stellen in der Europäischen Union rund 10% aller Arbeitsplätze. Sie übernehmen bei der Erbringung und dem Management qualitativ hochwertiger öffentlicher Dienstleistungen eine zentrale Rolle. Diese Dienstleistungen sind als Kernbereich kommunaler Verwaltungen definiert und eine unverzichtbare Voraussetzung zur Förderung des Wohlstandes und der Wettbewerbsfähigkeit.

Überall in Europa werden die lokalen und regionalen Behörden bei ihren Initiativen, diese hochwertigen Dienstleistungen ihren sich entwickelnden Gemeinden zur Verfügung zu stellen, mit zahlreichen Problemen konfrontiert. Als Ursachen für diese Probleme sind in erster Linie Globalisierung, verstärkter Wettbewerb, knappe Finanzen und der demographische Wandel sowie eine größere Mobilität und wachsende Anforderungen der BürgerInnen zu nennen. Dazu kommen der zunehmende Einfluss von EU-Rechtsvorschriften über die Liberalisierung von Märkten und das öffentliche Auftragswesen. Um diesen Herausforderungen zu begegnen, müssen die Beschäftigten in den kommunalen Diensten motiviert, gut ausgebildet und am Wandlungsprozess beteiligt werden.

Der europäische Ausschuss für den sektoralen sozialen Dialog in den Kommunalverwaltungen wurde 2004 eingesetzt und soll die Möglichkeiten für die EGÖD- und RGRE-Mitglieder verbessern:

- Stellungnahmen gegenüber der Europäischen Kommission zu Initiativen im Bereich Sozial- und Beschäftigungspolitik mit Folgewirkung in diesen Bereichen für die lokalen und regionalen Verwaltungen abzugeben; und
- den sozialen Dialog in den Kommunalverwaltungen auf europäischer, nationaler und lokaler Ebene zu fördern und zu entwickeln.

Im Rahmen ihres ersten 2-Jahres-Programms haben RGRE und EGÖD im Jahre 2005 ein Projekt mit der Bezeichnung „Stärkung des sozialen Dialogs in den neuen Mitgliedstaaten und den Kandidatenländern“¹ in Angriff genommen. Das Projekt zeigte, dass ein strukturierter sozialer Dialog in den neuen Mitgliedstaaten kaum existent ist. Auch in der EU15-Region ergibt sich mit einem ganz unterschiedlich stark strukturierten sozialen Dialog ein differenziertes Bild.

¹ Die Ergebnisse dieses von der Europäischen Kommission unterstützten Projekts finden sich auf den Website von EGÖD und RGRE in Form einer Veröffentlichung auf Englisch, mit Zusammenfassungen auf Polnisch, Ungarisch, Estisch, Slowakisch und Türkisch.

EGÖD und RGRE wissen, dass der soziale Dialog auf verschiedenen Ebenen funktioniert und Zeit und Unterstützung braucht, um sich zu entwickeln. Mit der vorliegenden Erklärung beabsichtigen sie:

- (a) ihre Verpflichtung zur Förderung der Prozesse des sozialen Dialogs zu bekräftigen;
- (b) auf Vorteile und Nutzen des sozialen Dialogs in den Kommunalverwaltungen hinzuweisen; und
- (c) die weitere Entwicklung der Sozialdialogaktivitäten auf nationaler und lokaler Ebene zwischen den RGRE- und den EGÖD-Mitgliedern zu unterstützen.

Der Wert des sozialen Dialogs

Die Sozialdialogparteien möchten folgende Punkte in Erinnerung rufen:

1. Der soziale Dialog bietet die Möglichkeit, wichtige Themen anzusprechen, die Arbeitgeber und ArbeitnehmerInnen betreffen. Auf diese Weise kann er einen Beitrag dazu leisten, Konflikte und Missverständnisse zu verringern, Zielsetzungen zu erklären und die Effizienz und die Qualität des Arbeitslebens zu verbessern.
2. Der soziale Dialog ist in erster Linie ein autonomer, zwischen den Sozialpartnern ausgehandelter Prozess, für den bestimmte Rechte und Pflichten eines sich entwickelnden rechtlichen und politischen Rahmens gelten, festgelegt auf internationaler, europäischer und nationaler Ebene.
3. Der soziale Dialog wird auf verschiedenen Ebenen geführt und existiert in unterschiedlicher Form. Dazu gehören die Anhörung von ArbeitnehmerInnen zu wichtigen Fragen der Arbeitsorganisation, die Verhandlung von Beschäftigungsbedingungen, die Umsetzung von Kollektivvereinbarungen und die Kooperation im Rahmen diverser partizipativer Verfahren.
4. Im Kontext der Kommunalverwaltungen verfolgt der soziale Dialog auf betrieblicher, regionaler, nationaler und europäischer Ebene folgenden Ziele:
 - Verbesserung der Arbeitsmethoden;
 - Verbesserung der Effizienz und Qualität lokaler und regionaler Dienstleistungen;
 - Förderung von Innovationen bei der Erbringung von Dienstleistungen;
 - Gestaltung von Arbeitsbedingungen;
 - Attraktive Gestaltung der Beschäftigung in den Kommunalverwaltungen;
 - Benennung und Erörterung weiterer Themen von Bedeutung für die Sozialpartner.
5. Auf europäischer Ebene ist der soziale Dialog ein integraler Bestandteil des gemeinschaftlichen Besitzstandes (*acquis communautaire*) und der Kopenhagener Kriterien für die EU-Mitgliedschaft. Damit ist der soziale Dialog ein „Governance“-Arbeitsmittel, das die Beteiligung an Beschlüssen mit Auswirkungen auf das Arbeitsleben durch VertreterInnen von Arbeitgebern und ArbeitnehmerInnen erleichtert.
6. Gleichzeitig ist der soziale Dialog ein wichtiges Instrument, um die EU-Zielsetzung des wirtschaftlichen und territorialen Zusammenhalts entsprechend der Lissabonner Strategie zu erreichen. Die Mitglieder von RGRE und EGÖD wollen diese Ziele umsetzen, indem sie den sozialen Besitzstand der EU durch die Förderung der Sozialdialogprozesse in den Kommunalverwaltungen durchsetzen oder ergänzen.
7. Ein effektiver sozialer Dialog auf europäischer Ebene wird durch geeignete Mechanismen und Praktiken gefördert, die in den Mitgliedstaaten entwickelt werden.

8. Nationale Regierungen können bei gleichzeitiger Respektierung des Grundsatzes des autonomen sozialen Dialogs die Entwicklung bilateraler Sozialdialogprozesse aktiv unterstützen, indem sie die Einrichtung geeigneter Strukturen und Rahmen fördern und indem sie die Sozialpartner aus dem Kommunalverwaltungssektor in geeignete dreigliedrige Aktivitäten einbinden. Dazu gehören zum Beispiel die Entwicklung von nationalen Programmen für die Lissabonner Strategie und die Erarbeitung und Umsetzung von Reformprogrammen mit Unterstützung durch den Europäischen Sozialfonds (ESF).
9. Der soziale Dialog auf der lokalen Ebene ergänzt die direkten Beziehungen zwischen Arbeitgeber und ArbeitnehmerInnen. Die Beteiligung der ArbeitnehmerInnen an Sozialdialogprozessen ist ein entscheidendes Kriterium für den Erfolg dieser Prozesse. Diese Beteiligung fördert generell die Verpflichtung gegenüber dem Unternehmen und sorgt dafür, dass alle Beteiligten sich mit den gemeinsam entwickelten betrieblichen Lösungen für Probleme identifizieren können und Wandlungsprozesse gemeinsam bewältigt werden.
10. Initiativen zur Verbesserung der Arbeitsqualität und der Arbeitsleistung sollten sich in erster Linie mit der Gesamtorganisation der Arbeit befassen. Strategien, die auf einer langfristigen Bewältigung des Wandels und neuen kooperativen Managementmethoden aufbauen, sind ebenfalls entscheidende Faktoren für erfolgreiche Managementstrategien. Die Mitglieder von EGÖD und RGRE halten es deshalb für erforderlich, dass die Sozialpartner die Zusammenarbeit schrittweise entwickeln, indem sie sich erreichbare Ziele setzen und gegenseitiges Vertrauen aufbauen. In diesem Kontext wird die Behandlung von Themen in gemeinsamem Interesse im Rahmen des sozialen Dialogs als vertrauensbildende Maßnahme angesehen.
11. Bei arbeitsintensiven öffentlichen Diensten sind die Neuorganisation von Arbeitsprozessen und Verwaltungsstrukturen oft die wichtigsten Instrumente für die Anpassung an ein sich änderndes Umfeld. Eine langfristige Perspektive für Beschäftigung einschließlich der Themen Qualifizierung und kontinuierlicher Weiterbildung des Personals hilft bei der Bewältigung des Wandels. Ein erfolgreiches Change Management erfordert in besonderer Weise Dialog und Kooperation zwischen den Sozialpartnern in allen Organisationen.
12. Die Europäische Kommission hat das Potenzial erkannt, dass qualitativ hochwertige lokale und regionale Dienste für die Generierung von Wirtschaftswachstum und Beschäftigung nicht nur auf der lokalen Ebene, sondern auch in der gesamten Wirtschaft haben. RGRE und EGÖD sind deshalb der Meinung, dass auf allen Entscheidungsebenen darauf geachtet werden muss, dass die Voraussetzungen für qualitativ hochwertige und moderne öffentliche Dienste gegeben sind. Dazu gehört nicht zuletzt auch deren ausreichende Finanzierung.
13. Die EU und im weiteren Sinn auch die Globalisierung haben bewirkt, dass auch die Erbringung und Organisation öffentlicher Dienste heute den Gesetzen der Produktivitäts- und Effizienzsteigerung gehorchen. RGRE und EGÖD verpflichten sich zur Zusammenarbeit und zur Entwicklung des sozialen Dialogs, um den wichtigsten Herausforderungen in ihrem Sektor begegnen zu können. Sie weisen ausdrücklich auf die besondere Rolle des sozialen Dialogs bei der Formulierung nachhaltiger und adäquater Reformmaßnahmen hin. Die beteiligten Partner erklären sich dazu bereit, ihre regelmäßigen Gespräche mit der Europäischen Kommission in allen Angelegenheiten fortzusetzen, die die Modernisierung der Beschäftigung und der im Kommunalverwaltungssektor erbrachten oder gemanagten öffentlichen Dienste betreffen.
